



# Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0278/2017		Datum: 05.09.2017	
<b>Oberbürgermeister</b>			
Verfasser:	17-EB Kommunales Gebietsrechenzentrum	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Stand der Projekte - Aktuelle Projektliste des KGRZ</b>			
Gremienweg:			
14.09.2017	Werkausschuss "Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz"	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

## Unterrichtung:

Der Werkausschuss nimmt den aktuellen Stand der Projekte anhand der Projektliste, sowie die nachfolgende kurze Darstellung einzelner Projekte, zur Kenntnis.

### → fidelis / Personalwesen

Seit der Umstellung auf Fidelis-ASP kam es im Bereich des Kemperhof/St. Elisabeth Mayen häufig zu Problemen im Antwortzeitverhalten der Software. Diese Probleme wurden datenbankmäßig durch Fidelis sowie rollenbasiert durch das KGRZ bereinigt.

Das Projekt „Zusammenführung der Datenbestände“ im Bereich des GK bedarf noch der konkreten Planung durch Fidelis, damit eine Zusammenführung zum Jahreswechsel 2017/18 gelingen kann.

Obwohl das GK, vertreten durch die ehemaligen Geschäftsführer, Mitte 2016 den Vertragsentwürfen zustimmte, liegen diese bis heute nicht unterzeichnet vor. In einem gemeinsamen Gespräch zwischen dem KGRZ und der aktuellen Geschäftsführung des GK Anfang September 2017 ist man von Seiten des GK auf eine Nachverhandlung aus. In weiteren Gesprächen muss dies nun einer Klärung zugeführt werden. Unabhängig von der formalen Vertragsunterzeichnung werden die im Vertragsentwurf vereinbarten Zahlungen durch das GK geleistet.

Im Bereich der Stadtverwaltung Koblenz stehen zurzeit das verwaltungsweite Projekt „neue Zeitwirtschaft TIME“ sowie der Einsatz neuer Module Organisationsmanagement (im Fallpreis inkludiert) und ggfs. Qualifikationsmanagement an. Der Wunsch nach einem Bewerbermanagement (Fidelis-Modul HCM) wird derzeit, auch kostenmäßig, geprüft.

### → faktura / Rechnungsschreibungssoftware

Die neue Fachadministratorin hat ihren Dienst am 01.04.2017 aufgenommen und hat die Vorbereitung des Rollouts zunächst für das Amt 31/ Ordnungsamt weiter fortgeführt. Das Fundbüro, die Führerscheinstelle, die Zulassungsstelle sowie das Staatsangehörigkeitswesen können nach letzten Abstimmungen zwischen dem Fachamt und der Fachadministratorin den Echtbetrieb im September aufnehmen, da aufgrund der aktuellen Urlaubszeit die erforderlichen Schulungen erst Ende August durchgeführt werden können. Hier zeichnet sich jedoch aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes für die Wahlen im September eine weitere Verzögerung ab.

Mit Hinblick auf das weitere Rollout sind größere Anwendungsbereiche (insbesondere Amt 66/Tiefbauamt, Straßenverkehrsbehörde) zwischenzeitlich weggefallen; hier konnten die bestehenden Fachverfahren um entsprechende Fakturierungsmodule erweitert werden bzw. sollen erweitert werden. Die tiefe Integration dieser spezielleren Gebührenmodule in die jeweiligen Fachverfahren ist revisionssicherer und im täglichen Arbeiten effizienter, weshalb Faktura dort nicht zum Einsatz kommen soll (Grundsatz: Gebührenmodul des Fachverfahrens (via Baustelle – Fa. CAOS, geht vor Faktura).

Perspektivisch muss geprüft werden, inwiefern die Software Faktura nach Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und der Digitalisierung des Rechnungsworkflows weiter Berechtigung findet.

### → **eRechnung & MACH 2.0 (M2)**

Die zentrale Lenkungsgruppe „E-Government, Verwaltungsmodernisierung und -organisation“ unter der Leitung von Herrn Flöck, hat sich für die Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung zur Einführung der E-Rechnung mittels des landesweiten neuen DMS System der Fa. Lorenz (2Charta) und dem Modul Flow Manager Invoice ausgesprochen.

Diese Empfehlung wurde auch der Haushaltsstrukturkommission in ihrer Sitzung vom 05.09.2017 vorgelegt. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist für den 11.09.2017 im Stadtvorstand vorgesehen. *Zur Sitzung kann ggf. weiteres berichtet werden.*

Mit der Installation und Einführung soll im Oktober 2017 in einem Projekt gemeinsam mit der KommWis und dem Hersteller begonnen werden. Die Projektkosten sind im Ansatz des zentralen IT Management und im Wirtschaftsplan des KGRZ vorhanden.

Die notwendige Realisierung der MACH M2 kann hierdurch in das Wirtschaftsjahr 2018 geschoben werden. Sie ist im Wirtschaftsplan 2018 in Höhe von 83 Tsd. € eingeplant.

### → **eCollaboration**

Das strategische IT Management plant die Beschlussvorlage zum eCollaboration-Konzept am 11.09.2017 im Stadtvorstand vorzulegen. *Ggf. kann somit das Ergebnis der Beschlussfassung des Stadtvorstands zur Sitzung des Werkausschusses KGRZ nachgereicht werden.*

Inhaltlich wird, nach Beratung in der 3. Sitzung der Zentralen Lenkungsgruppe „E-Government, Verwaltungsmodernisierung und –organisation“ am 28.07.2017 unter Leitung von Herrn Flöck, dem Stadtvorstand folgendes vorgeschlagen:

#### Email/Kalender Funktionalität und Bürosoftware Office:

- a) die verwaltungsweite Ablösung von IBM Notes durch Microsoft Exchange (Outlook) als neue Standard-Kommunikationssoftware sowie
- b) die Ablösung der Libre Office Suite durch die Microsoft Office Suite Standard 2016 mit Software-Assurance als Standard-Bürosoftware.

#### Begründung zu a)

- Die seinerzeit erhofften Vorteile durch IBM Notes sind nicht eingetreten (eigene Software-Lösungen durch IBM Notes)

- Eine so genannte „tiefe Integration“ eines Mail- und Kalendersystems in andere Soft- und Hardware wird herstellerseitig immer zu MS Office und nur selten für IBM Notes angeboten
- Weitere erhebliche Kosten für IBM Notes sind zu erwarten, da Integrationskosten durch eine meist notwendige Schnittstellenprogrammierung zu erwarten sind
- IBM Notes selbst bietet nur wenig Integrationen in andere Verfahren an und wird durch IBM kaum weiterentwickelt
- Funktionale Vorteile von MS Outlook überwiegen

#### Begründung zu b)

- Durch die fortschreitende digitale Transformation ist es erforderlich, da immer mehr (Fach-)Verfahren auf die Produkte von Microsoft (insbesondere Word und Excel) als Marktführer zurückgreifen, diese auch zur Verfügung zu stellen. – aktuell 70 % der städt. Arbeitsplätze.
- Funktionale Vorteile von MS Office überwiegen
- Steigerung der Effizienz durch Umstieg auf MS Office
- Zusätzliche Kostenersparnis und sozialer Frieden, da alle über die gleiche Ausstattung verfügen.

Das KGRZ hat die zu erwartende strategische Entwicklung inkl. des weiteren Ausbaus der eCollaboration in seinen Wirtschaftsplan 2017 & 2018 wie folgt eingearbeitet:

#### WP 2017

- 50 Tsd. € eCollaboration
- 95 Tsd. € Ablösung IBM Notes

#### WP 2018

- 150 Tsd. € Office & eCollaboration
- 225 Tsd. € eCollaboration Verpflichtungsermächtigung für 2019
- 225 Tsd. € eCollaboration Verpflichtungsermächtigung für 2020
- 150 Tsd. € eCollaboration Planfortschreibung 2021
- 150 Tsd. € eCollaboration Planfortschreibung 2022

Die erforderlichen Lizenzen und Unterstützungsleistungen können vollständig aus den für die Kommunen zugänglichen Rahmenverträgen abgerufen werden.

#### Auszug aus der Berichterstattung vom Juni 2017:

*Das strategische IT Management arbeitet mit Nachdruck an der Entscheidungsvorlage für die Verwaltung. Aufgrund der nicht unerheblichen Größenordnung des Projektes, sowohl in finanzieller als auch Personalressourcensicht und unter Prüfung der schwierigen Lizenzbedingungen der verschiedenen Lösungsansätze, konnte das Ziel zu diesem Werkausschuss bereits eine Entscheidung von Seiten der Verwaltung vorlegen zu können, leider nicht verwirklicht werden. Hier gilt jedoch „Gründlichkeit vor der Schnelligkeit“ da mit der Entscheidung ein erheblicher Aufwand verbunden ist und die Stadtverwaltung Koblenz, mit der dann eingeschlagenen Richtung für die nächsten Jahre gebunden sein wird.*

*Nach aktueller Mitteilung des strategischen IT Management ist damit zu rechnen, dass die Entscheidungsvorlage zeitnah nach der Sommerpause dem Stadtvorstand zur Entscheidung vorgelegt wird. Im folgenden Werkausschuss kann dann ausführlich berichtet bzw. bezogen auf die Umset-*

zung der Verwaltungsentscheidung auch die technische und finanzielle Umsetzung beschlossen werden.

#### Auszug aus der Berichterstattung vom Januar 2017:

*Die IT Strategie der Stadtverwaltung Koblenz zielt auf eine moderne und vernetzte Zusammenarbeit im Bereich der innerstädtischen (eCollaboration) als auch der Verwaltungsarbeit nach Außen ab (E-Government). Damit dieser Ansatz gelingen kann, ist es notwendig, im Verwaltungsnetz die technischen Voraussetzungen einer effizienten und umfassend digital unterstützten Zusammenarbeit zu fördern.*

*Die Stadtverwaltung Ludwigshafen, als auch Koblenz setzen bisher im Bereich Ihrer Groupware IBM Notes ein. Der Nutzungsgrad der Groupware befindet sich jedoch auf dem Stand der 90er Jahre. Über die Nutzung von Email und Kalenderfunktionen ist man kaum hinausgekommen. Die von beiden Städten gemeinsam in Auftrag gegebene Studie wird derzeit ausgewertet. Insbesondere soll die Studie dazu dienen, die strategische Ausrichtung der Collaboration Suite für die Zukunft festlegen zu können. Es stellt sich die Frage, ob die Stadtverwaltung Koblenz weiterhin an IBM Notes festhält oder einen Wechsel zur Suite eines anderen Herstellers, wie z.B. Microsoft, vollzieht.*

*Im Wirtschaftsplan des KGRZ sind hierfür Mittel in Höhe von 145.000 € für 2017 vorgesehen. Unabhängig vom Ausgang des Ergebnisses ist eine Investition unumgänglich, da auch bei einem Verbleib in der IBM Notes Umgebung eine vollständige Neubeschaffung der Lizenzen als auch der Aufbau einer neuen technischen Umgebung und die Migration in diese vorgenommen werden müssen. Gerade diesem Umstand ist es geschuldet, dass aktuell diese Grundsatzentscheidung getroffen werden soll. Der Aufbau der vollständigen eCollaboration Umgebung wird voraussichtlich zwei bis drei Jahre benötigen und mehrere Projektierungen erfordern. Begonnen werden muss mit der Email und Kalenderumgebung. Die weiteren Komponenten sind dann z.B. eine Projektplattformen, Telefonie, Fax, Video Conferencing oder auch Social Media.*

#### **→ E-Government & Verwaltungsmodernisierung**

Amt 10 / Personal und Organisation hat das E-Government Konzept fertig gestellt. Für den 25.09.2017 ist die Vorlage im Stadtvorstand geplant. Anschließend soll es den politischen Gremien vorgestellt werden.

#### Auszug aus der Berichterstattung vom Juni 2017:

- *Amt 10 / Personal und Organisation erarbeitet einen ersten E-Government Prozess im Bereich Hundesteuer, welcher über die vom ZIKDOR zur Verfügung gestellten E-Government Suite für die Bürgerinnen und Bürger bereitgestellt werden soll.*
- *Das vom strategischen IT Management erstellte E-Government Konzept der Stadtverwaltung Koblenz soll zur Sitzung der zentralen Lenkungsgruppe "E-Government, Verwaltungsmodernisierung und -organisation" am 30.06.2017 fertig gestellt sein.*

#### **→ CAFM Software für das ZGM**

Für die Lieferung einer CAFM-Software wurden im Rahmen einer Ausschreibung im Juli / August 2017 fünf Marktteilnehmer zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Zum Submissionstermin am 15.08.2017 lagen 2 Angebote vor, von denen eines aufgrund von Formfehlern für ungültig erklärt wurde.

- N+P Informationssysteme, 304 TEUR (nicht wertbares Angebot)
- IMS Gesellschaft für Informations- und Managementsysteme, 206 TEUR (wertbares Angebot)

Die für die Beschaffung der Software bereitgestellten Mittel in Höhe von 100 TEUR/2015 und 50 TEUR/2016 wurden in Summe in das Haushaltsjahr 2017 übertragen.

Das wertbare Angebot der Fa. IMS übersteigt das eingestellte Haushaltsbudget gegenwärtig deutlich, um mehr als 1/3. Nach Auskunft der zentralen Vergabestelle ist ein Rücktritt von der Ausschreibung wegen Überschreitung der ursprünglich geplanten Angebotssumme wenig aussichtsreich.

Das KGRZ geht davon aus, die Überschreitung der bereitgestellten Mittel aus noch freien Haushaltsmitteln im Bereich der internen Hard- und Softwarebeschaffung refinanzieren zu können und verzichtet daher auf einen Nachtrag. Dies geschieht auch mit Blick auf die Dringlichkeit der notwendigen IT Unterstützung im Bereich des zentralen Gebäudemanagements.

Zum weiteren Verfahren:

Die verbleibende Bieterin (IMS) wird am 20.09.2017 eine Bieterpräsentation unter Wettbewerbsbedingungen durchführen, da nicht der Eindruck entstehen soll, dass es keine weiteren Bieter gibt.

<sup>1</sup> CAFM

**Computer-Aided Facility Management** ist die Unterstützung des Facilitymanagements durch die Informationstechnik in Form eines Computerprogramms, welches aus einer Datenbank und einer Anwenderoberfläche besteht

### → Interkommunale Zusammenarbeit

Hierzu erfolgt ein eigener Folienvortrag zum Ausschuss am 14.09.2017.

### → Umbaumaßnahmen innerhalb des KGRZ

Die im Rahmen eines KGRZ-internen Ideenwettbewerbs unterbreiteten Vorschläge zum Innenraum-Umbau wurden dem Amt 65/ZGM (Zentrales Gebäudemanagement) zugeleitet.

Der hieraus entwickelte (Um-) **Bauplan** liegt dem KGRZ vor. Das Amt 65/ZGM eruiert derzeit die einzelnen Gewerke und Kosten.

Mit Datum 14.08.2017 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Förderrichtlinie „Zukunftsfähige Unternehmen und Verwaltungen im digitalen Wandel“ im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Auszug:

„Das BMAS fördert Maßnahmen zur innovativen Gestaltung der Arbeitswelt 4.0 nach Maßgabe dieser Richtlinie, den §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO), den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV) sowie der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (AnBest-P) betrieblicher Lern- und Experimentierräume. Diese sollen technologische und wirtschaftliche Veränderungsprozesse, die der digitale Wandel der Arbeitswelt mit sich bringt, mit sozialen Innovationen verbinden.

Ziel dieser Lern- und Experimentierräume ist die Beförderung von innovativen, passgenauen und konsensualen Lösungen für Beschäftigte und Unternehmen. Betriebliche Lern- und Experimentier-

räume sollten von grundsätzlich beispielhaftem Charakter sein und zu weiteren innovativen Lösungen beitragen. Das Ziel der Förderung besteht darin, in Lern- und Experimentierräumen innovative, passgenaue und unter den Sozial- und Betriebspartnern abgestimmte Lösungen für Beschäftigte und Unternehmen zu entwickeln und zu erproben.

...

Ein Anspruch des Antragstellers auf Förderung besteht nicht. Das BMAS entscheidet aufgrund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.“

Das KGRZ prüft z. Z., ob die geplante Neugestaltung des Innenraums im KGRZ und hier explizit der neue **Multifunktionsraum Schulung/Besprechung** und die **Think Tanks** die Fördervoraussetzungen erfüllen. Die Erfolgchancen schätzen wir nach ersten Rücksprachen jedoch eher als gering ein. Im Falle der Förderfähigkeit des v. g. Bauvorhabens wird das KGRZ einen entsprechenden Förderantrag beim BMAS stellen (Ende Antragsfrist: 30.10.2017).

Zeitgleich werden Mitarbeiter des KGRZ Mitte September 2017 das neue Rechenzentrum der Stadt Köln – das **Modellhaus Köln** – besuchen, um sich „Anregungen“ für eine innovative Neugestaltung solcher Räume einzuholen.

### → Neues Rechenzentrum

Die Vergabeverfahren für die mit der 2. Ausbaustufe einhergehenden Erweiterungen, bestehend aus

- Klimatechnik
- EDV-Racks
- Elektrotechnik und
- Anpassung der Steuerung (MSR),

wurden planmäßig im März abgeschlossen; die anschließenden Einbauarbeiten erfolgten ebenso planmäßig. Die Inbetriebnahme der Gewerke erfolgte in der 25. KW 2017 (19. - 23.06.2017).

Z. Z. werden Optimierungsarbeiten im Bereich Klimatisierung für die Zutrittskontrolle und Oxy-Reduct-Anlage durchgeführt (Überhitzung der Räume).

Die geplante Umstellung von der GLT (Gebäudeleittechnik; SAIA Burgess) zur ZLT (Zentrale Leittechnik mit automatischer Alarmierung im Fehlerfall) befindet sich aktuell in der Evaluierungsphase.

Nach derzeitigem Stand kann die 2. Ausbaustufe im Rahmen des genehmigten Budgets abgeschlossen werden.

### Anlage/n:

Aktuelle Projektliste